



**Rede von Roland Koch  
anlässlich der Verleihung der Wilhelm Leuschner-Medaille  
durch den Hessischen Ministerpräsident Volker Bouffier**

am 1. Dezember 2017 im Wiesbadener Kurhaus

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Familien Leuschner und Zinn, liebe Mitpreisträger, meine Damen und Herren,

zunächst ein herzliches Dankeschön an Sie, Herr Ministerpräsident Bouffier, für die Entscheidung, mir die Wilhelm Leuschner-Medaille zu verleihen. Wie erwähnt, die Entscheidung hat Ihnen nicht nur Zustimmung eingebracht – ein Gefühl, das ich aus meinen Erfahrungen der Ordensverleihung, wie Sie sehr genau wissen, gut nachvollziehen kann. Immerhin ist es Ihnen gelungen, die Wilhelm Leuschner-Medaille wieder in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen, die sie immer schon verdient hätte, die herzustellen mir aber nicht immer gelang. Möglicherweise ist der Weg der Landespressekonferenz ins Biebricher Schloss eben weiter als ins Kurhaus.

Sie haben es erwähnt: Ich hatte selbst die ehrenvolle Aufgabe, diese Medaille über viele Jahre zu verleihen und es lag in meiner Amtszeit, die Gründe der Verleihung durch eine Änderung des ursprünglichen Stiftungserlasses den heutigen Gegebenheiten

anzupassen und den Einsatz für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt zu stellen.

Wenn ich diese Auszeichnung heute gerne annehme, dann geht es für mich als Nachkriegskind natürlich um die Aspekte Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Und – das ist die logische Konsequenz aus den Gedanken von Wilhelm Leuschner – eine überzeugte, leidenschaftliche Verteidigung und Weiterentwicklung der demokratischen Gesellschaft. Dazu wollte ich mich in der Tat in den 40 Jahren, in denen ich mich direkt politisch engagiert habe, und will ich bis heute, auch wenn ich nicht mehr in einer politischen Rolle bin, engagieren. Und das, glaube ich, muss das Ziel sein, ob man das im Einzelnen erreicht oder nicht, werden immer andere zu beurteilen haben.

In den 23 Jahren, in denen ich als direkt gewählter Abgeordneter meines Wahlkreises hier im Hessischen Landtag saß, habe ich auch Kontroversen zu verantworten gehabt – das kann man nicht bestreiten. Ob im Plenarsaal oder in der Öffentlichkeit, an meinen Positionen, ja manchmal auch an der Art, wie ich sie vortrug, schieden sich – und scheiden sich offenbar auch heute noch – manche Geister. Und deshalb denke ich, ist es richtig, dass ich in den wenigen Bemerkungen, die ich mache, auch zu meinem Verständnis des auch Emotionen einschließenden Konflikts als lebensnotwendige Voraussetzung für die gelebte Demokratie etwas sage.

Wenn ich das tue, will ich zuvor sagen: In meiner heutigen beruflichen Welt stehen bei jeder Mitteilung, die wir schicken, ellenlange, vorsorglich formulierte sogenannte „Disclaimer“, also Entschuldigungen im Voraus, oder der Versuch der Begrenzung von Haftung am Ende des Textes. Deshalb zu meinen Bemerkungen eine Vorbemerkung: Nach meinem Verständnis erfordert verantwortliche Politik sowohl die pointierte Zuspitzung der in Rede stehenden Alternativen, als auch die faire und fachgerechte Leitung einer Administration mit dem Bestreben größtmöglicher Übereinkunft. Das Ergebnis basiert auf demokratischen Mehrheitsentscheidungen, und alles, was ich in meinem politischen Leben mit vielen anderen gemeinsam gestalten konnte, war immer auf der Basis von mit offenem Visier und in Wahlen errungenen Mehrheiten möglich. Ich habe in meiner Arbeit nach dem harten Streit oft – und, wie ich finde, auch ausreichend erfolgreich – den Kompromiss gesucht und gefunden. Das gilt für Koalitionen, ob im Land oder unter meiner Beteiligung und Mitwirkung in den Verhandlungen im Bund. Das gilt für

viele gemeinschaftliche Verantwortungen in Gruppen, und meine beiden Mitpreisträger waren in unterschiedlichen Rollen dabei auch beteiligt. Die Nächte der Vermittlungsausschüsse in Berlin oder Bonn werden Frau Zypries und ich sicher auch in Erinnerung behalten, und viele Gespräche in durchaus kritischen Situationen, die ich mit Professor Korn haben durfte, will ich dabei nicht unerwähnt lassen.

Doch zurück zum Streit. Die Kultur der Debatte in Deutschland hat sich verändert. Wir kommen aus einem Jahrzehnt des Kammertons und der selbstbeschränkenden Debatte. Wir kommen auch aus einem Jahrzehnt, in dem vieles „alternativlos“ genannt wurde und die Bürger dies dankbar hörten, weil es nährte ja den Gedanken, es gebe für die sichtbaren Herausforderungen objektive, geradezu wissenschaftlich belegte, streitfreie Antworten. Diese Bemerkung müssen nervöse Geister nicht als eine vordergründige Kritik an meiner Mitpreisträgerin Angela Merkel verstehen. Die wahre Zeit der Entstehung dieses Denkens scheint mir eher unmittelbar mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der vermeintlich finalen Entscheidungen in großen gesellschaftspolitischen Konflikten zu liegen. Francis Fukuyama hat dies mit seinem Buch „Das Ende der Geschichte“ zu einem Konzept geadelt.

Diese Analyse war falsch, und diese Analyse ist immer noch gefährlich. Die großen gesellschaftspolitischen Fragen sind nicht aufgelöst und sie werden es wahrscheinlich nie werden. Manche von ihnen erscheinen im Zuge der Globalisierung in einem anderen Licht. Die Behauptung, es gebe auf eine Fragestellung immer nur eine richtige Antwort, lähmt demokratische Auseinandersetzung und verführt zu dogmatischen und ideologischen Festlegungen mit der Folge, dass die Protagonisten dann auch noch glauben, sie hätten jedes Recht der Durchsetzung.

Gefährlich ist diese Einstellung, weil sie der Demokratie nach meiner Überzeugung etwas Wichtiges raubt, nämlich das kreative Potential des Konflikts, den Zwang sich zu rechtfertigen und die Freude am Wettkampf. Das kostet zuerst Wahlbeteiligung und brütet zum Schluss radikale Parteien aus, denen die abgeschliffene Rhetorik einer „politisch korrekten Debatte“ dazu dient, wichtige Begriffe wie Ehrlichkeit, Gradlinigkeit, Entschlossenheit auf schändliche Weise zu missbrauchen. Die wichtigen Repräsentanten des Staates und der großen Parteien müssen die Themen in den Mund nehmen, die den Menschen auf der Seele brennen. Das Argument, ein Thema „passe nicht in den

Wahlkampf“, zeugt von der Unsicherheit, wirklich fundamentale Themen nicht aus der Mitte heraus beherrschen zu können. Das aber ist genau die Herausforderung.

Deutschland erlebt seit den 90er Jahren fortwährend und über alle großen Parteien hinweg politische Führung, die sich in bester Absicht um die Herbeiführung von guten Ergebnissen darum bemühen, zu diesen Ergebnissen zu kommen, ohne zuvor langwierige Grundsatz-Schlachten schlagen zu wollen. Die unerklärten Hartz-Reformen im „Basta-Format“ sind dafür ebenso ein Beispiel wie die Herbeiführung der „Ehe für alle“ über Nacht. Die sachlichen Ergebnisse dieser Politik sind durchaus beachtlich. Deutschland ist wirtschaftlich und sozial allen potentiellen Mitbewerbern enteilt. Aber die Menschen, egal wo sie politisch stehen, haben nicht gewonnen oder verloren, sie haben nicht dafür kämpfen können, sondern das Ergebnis kam geradezu über sie. Da bleiben im Leben jedes Einzelnen und seiner Interessen immer noch genug Niederlagen, die man dem System zuschreibt, aber kaum noch Erfolge, die man dem eigenen demokratischen Beitrag zuschreibt. Ja, man erlebt keine Schlachten mehr im Parlament. Die Sitzungen werden auch nur noch selten beobachtet oder angesehen. Es werden unpolitische Wahlkämpfe geführt, obwohl manche anschließend feststellten, dass die Bevölkerung so politisiert wie lange nicht mehr war, was auch an dem leichten Wiederanstieg von Wahlbeteiligungen zu sehen ist.

Der Literaturpreisträger Elias Canetti, 15 Jahre nach Leuschner geboren, hat mit seiner Lebenserfahrung nicht nur die politische, sondern auch die kulturelle Bedeutung der parlamentarischen Debatte im Konflikt als Literat härter formuliert, als ich es aus allen Gründen je wagen würde. In seinem Buch „Masse und Macht“, erschienen 1960, initiiert durch die Erfahrungen der jungen Weimarer Republik – er beschreibt die Demonstration um den Tod Walter Rathenaus 1922 – und seiner Vertreibung aus Wien durch den Einmarsch Hitlers 1938, schreibt er genau über diese Frage: Was leistet demokratischer Kampf und demokratische Abstimmung und die Feststellung von demokratischen Ergebnissen durch Zählen von Mehrheiten am Ende? Seine Worte sind sehr emotional, von Leidenschaft, eben für Demokratie geprägt, und ich würde sie gerne zitieren, weil ich glaube, dass es lohnt, über diese Frage weiter nachzudenken und vielleicht ja auch weiter zu streiten. Ich zitiere:

„Bei einer parlamentarischen Abstimmung hat man nichts anderes zu tun, als die Stärke der beiden Gruppen an Ort und Stelle zu ermitteln. Es genügt nicht, dass man sie von vorneherein kennt. Die eine Partei mag 320, die andere nur 240 Abgeordnete haben, die Abstimmung bleibt entscheidend als der Augenblick, in dem man sich wirklich misst. Sie ist der Rest des blutigen Zusammenstoßes, den man auf vielfache Weise spielt, durch Drohung, Beschimpfung, physische Erregtheit, die bis zu Schlägen oder Würfeln führen kann. Aber die Zählung der Stimmen ist das Ende der Schlacht.“

Und weiter heißt es „Das Feierliche in all diesen Verrichtungen entstammt dem Verzicht auf den Tod als Instrument der Entscheidung. Mit jedem einzelnen Zettel wird der Tod gleichsam weggelegt. Aber was er bewirkt hätte, die Stärke des Gegners, wird in seiner Zahl gewissenhaft verzeichnet. Wer mit diesen Zahlen spielt, wer sie fälscht, lässt den Tod wieder ein und ahnt es nicht.“

Wenn ich diese Auszeichnung, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute annehme und glauben will, dass es vielleicht wirklich auch von mir möglich war, einen kleinen Beitrag zu der Frage der Festigung der demokratischen Gesellschaft in unserem Land zu leisten, dann liegt das neben allen Sachbeiträgen, die jeder gegeben haben mag, vielleicht auch an dieser, keineswegs von allen und keineswegs zu jeder Zeit gemochten Art meines Versuches, Menschen dazu zu bringen, am Ende mit der einen einzigen Stimme am Wahltag eine Richtungsentscheidung für Jahre von Regierung und Opposition, eine Richtungsentscheidung für die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen abgeben zu können.

Was zu sagen bleibt ist: Diese Art des politischen Lebens bleibt nicht ohne Verwundungen bei manchen der Beteiligten und vielleicht auch bei mir. Ich hoffe sehr, dass diese Wunden verheilen, denn wann immer sie nicht die Sache, sondern einzelne Personen getroffen haben mögen und diese sich auch jenseits des Professionellen dadurch getroffen fühlten, wäre das und war das niemals meine Absicht.

Herr Ministerpräsident, ich danke für die Ehrung. Demokratie muss spannend bleiben.